

„Es bringt nichts, sich nur zu echauffieren“

Jens Hacke. Der deutsche Politikwissenschaftler über die „bürgerliche Mitte“ und deren notwendige Abgrenzung zu den Rechtspopulisten sowie die Eckpfeiler einer „wehrhaften Demokratie“

K Interview

VON RUDOLF MITLÖHNER

Bildungs-, Sozial- und Einwanderungspolitik nennt der Experte als zentrale Felder.

KURIER: Sie haben kürzlich bei einer Veranstaltung zur „Bedeutung der bürgerlichen Mitte“ referiert. Was kann man denn heute noch darunter verstehen?

Jens Hacke: Die Mitte ist immer relational zu verstehen, die können wir soziologisch leichter bestimmen – sie gilt als Garant für gesellschaftliche Stabilität. In Kombination mit „bürgerlich“ kommen bestimmte Werte hinzu. Das hängt davon ab, was für einen Wertekanon eine Gesellschaft ausbalanciert. Solche Werte sind immer umstritten, auf die muss man sich einigen. Insofern ist „Bürgerlichkeit“ ein normativer Begriff, der eine Zielvorstellung von liberalen Demokratien beschreibt. Dementsprechend versuchen verschiedene Parteien diese Mitte mit ihren Werten zu besetzen.

Das heißt, die bürgerliche Mitte ist kein Monopol christdemokratisch-konservativer Parteien ...

Es ist klar, dass diese Parteien darauf abzielen – aber in Deutschland würde das etwa auch die FDP für sich in Anspruch nehmen, auch weite Teile der Grünen und ebenso der Sozialdemokratie. Herbert Wehner (*SPD-Fraktionschef 1969–1983; Anm.*) hat einmal sinngemäß gesagt, adressiert an die CDU: Die Mitte ist so breit, da können Sie uns nicht rausdefinieren.

Bei Wahlen in Deutschland wie Österreich gibt es oft keine linke Mehrheit – allerdings ist die „bürgerliche“ Mehrheit nur unter Einschluss weit rechts stehender Parteien wie der AfD oder FPÖ realisierbar ...

Das ist ein großes Dilemma. Wir sehen das in vielen europäischen Ländern, dass



„Wer bei uns wohnt, hat sich an Regeln zu halten. Dann sind Neubürger willkommen“ (J. Hacke)

rechtspopulistische Parteien immer stärker nach der Mitte greifen und sich auch durch gezielte Begriffspolitik bürgerlich-konservativ positionieren. CDU oder ÖVP etwa müssen da sehr darauf achten, wie sie noch eine Wertunterscheidung treffen können, um sich vom rechten Lager abzugrenzen. Gleichzeitig sind starke rechtspopulistische Parteien Indikatoren dafür, dass etwas in der liberalen Demokratie nicht richtig funktioniert. Es bringt ja nichts, sich nur moralisch über diese Parteien zu echauffieren.

Wie sollen die konservativen Parteien mit den Rechtspopulisten umgehen? Halten Sie sie für koalitionsfähig?

Nein, ich halte sie ganz und gar nicht für koalitionsfähig. Die Herausforderung besteht darin, sich nicht in diese rhetorische Eskalationslogik zu begeben. Und: sobald es gelingt, Sachthemen zu politisieren, kann man die Rechtspopulisten kleiner halten. Umgekehrt profitieren die Rechtspopulisten von einer aufgebrachten Lage, in der Themen eine Rolle spielen, die gar nichts mit den tatsächlichen Problemen zu tun haben.

Wenn aber rechte Mehrheiten nicht realisiert werden sollen, bleiben für die Christdemokraten als Partner nur Parteien links der Mitte ...

Wir bewegen uns tatsächlich in eine Zeit der Dreierbündnisse. Die CDU unter Friedrich Merz hält erkennbar den Gesprächsfaden zu den Grünen – aber es wird wohl nicht für eine Zweierkoalition reichen. Die Alternative könnte also lauten: Jamaika oder Ampel (CDU, Grüne, FDP oder SPD, Grüne, FDP; Anm.).

In einem Kommentar auf „Deutschlandradio“ haben Sie jüngst von der Bedrohung von „Demokratie, Rechtsstaat und Wohlstand“ gesprochen und dabei auch Parallelen zu den 30er-Jahren gezogen. Ist das nicht ein wenig alarmistisch?

Zur Person

Jens Hacke
geb. 1973 in Bonn; Dissertation bei Herfried Münkler, 2020 bis 2023 Professur für Vergleichende Politische Kulturforschung an der Universität der Bundeswehr München, lehrt derzeit Politische Theorie an der Humboldt-Universität Berlin; letzte Buchveröffentlichung: „Liberaler Demokratie in schwierigen Zeiten“ (Hamburg 2021)

Symposium

Hacke war kürzlich Referent beim Symposium „Die Bedeutung der bürgerlichen Mitte“ an der Politischen Akademie der ÖVP in Wien. Am Rande dieser Veranstaltung traf ihn der KURIER zum Gespräch

Ich wollte nur darauf hinweisen, was passieren kann, wenn Demokratien die Kraft verlieren, ihre Gegner zu bekämpfen und wenn sie den Verfassungskonsens nicht pflegen. Sie haben recht, wir sind von Zuständen wie in den 30er-Jahren weit entfernt. Gleichwohl merken wir doch in den letzten sechs bis acht Jahren, dass die liberale Demokratie nicht so selbstverständlich ist, wie wir dachten. Und dass es für eine „wehrhafte Demokratie“ darauf ankommt, die Grundlagen, von denen der demokratische Staat lebt, zu stärken.

Wie geht das?

Das geschieht vor allem über Bildungs- und Sozialpolitik. Dazu gehört auch eine klare Einwanderungspolitik: dass man sagt, wer bei uns wohnt, hat sich an Regeln zu halten – dann sind Neubürger willkommen. Wir müssen nicht über Kopftücher reden – aber es gibt Werte, die von jedem akzeptiert werden, der hier eine Staatsbürgerschaft anstrebt. Da waren wir zu zögerlich. Es geht also darum, Pflöcke einzuschlagen: Hier stehen wir, und so soll unsere Gesellschaft auch in Zukunft aussehen. Langfassung auf KURIER.at